

Waldbrunn 5

B e r i c h t

Über die Arbeit im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel
und Verkehr, vom 1. Mai 1. 15. Sept. 1945

=====

A. Personelles und Ressort - Einteilung :

=====

Bei meinem Eintritt in das Staatsamt anfangs Mai fand ich den Vertreter der ÖVP, Staatssekretär Heidl bereits in voller Arbeit beim Aufbau des Apparates.

Heidl bediente sich verständlicherweise in erster Linie, der in den verschiedenen Wirtschaftskörperschaften verfügbar gebliebenen Beamten und darüber hinaus aller jener alten Ministerialräte, Wirtschaftssekretäre und politischen Exponenten seiner Partei, die ihm aus seiner Tätigkeit vor 1938 nahe standen und während der Nazizeit aus irgendeinem Grunde ausgeschaltet worden waren.

Die enge Verbundenheit dieses Kreises fand ^{ihnen} seinen sichtbaren Ausdruck darin, dass das Staatsamt im Gebäude der Handelskammer, Wien I., Stubenring 8 eingerichtet wurde und eine ganze Reihe von leitenden Beamten dieses Staatsamtes gleichzeitig zu führenden Funktionären der bereits etliche Wochen früher von Heidl übernommenen Industrie und Handelskammer ernannt wurden. Heidl selbst wurde ja schon früher das Präsidium in der Industrie und Handelskammer von Genossen Körner übertragen. Es entstand dadurch eine ziemlich starke Personal-Union zwischen der Industrie und Handelskammer und dem Staatsamte, die sich bis zum heutigen Tage nur noch verstärkt hat.

Die schärfsten Gegner aus dem bürgerlichen Lager hat Heini jedoch nicht im Staatsamte, sondern vorsichtigerweise in der Kammer untergebracht, was aber nur formelle Bedeutung hat, denn ihr Einfluss ist durch die Exponenten der Kammer im Staatsamte restlos gewahrt.

Als Generalsekretär der Industrie-Sektion der Kammer wurde beispielsweise der bekannte Dr. Margareta bestellt. In der Sektion Handel ist es Dr. Gruss, in der Sektion Gewerbe Dr. Strauss, alles ausgesprochene Exponenten des Unternehmer-Flügels der ÖVP, der unter der Führung des Ing. Raab steht.

Der Amtsdirektor der Kammer, Dr. Becker, ist auch gleichzeitig der Leiter der handelspolitischen Sektion des Staatsamtes und der engste Freund des Herrn Heini. - Dr. Becker ist mit der NSDAP in zu enge Berührung gekommen, registrierpflichtig, - daher von Seiten der KP stark angefeindet - und wurde sichtlich aus diesem Grunde bei der Ernennung der Sektions-Chefs, trotzdem ihm dies sonst zugekommen wäre, nicht ernannt. Wiederholte Angriffe in der Zeitung und Interventionen von mir, wie auch von dem Vertreter der KP, Unterstaatssekretär Lichtenegger, führten dazu, dass sowohl im Staatsamte, wie auch in der Industrie und Handelskammer verbliebene oder neu eingestellte Nationalsozialisten zum grössten Teil ausgeschieden wurden. Restlos ist dies aber bis heute nicht geschehen, da verschiedene solcher Persönlichkeiten dem extremen Flügel der ÖVP zu brauchbare und wichtige Vertreter sind.

Gleich zu Anfang meiner Tätigkeit habe ich mit Herrn Heini vereinbart, dass eine Ressort-Aufteilung zwischen dem Staatssekretär und den beiden Unterstaatssekretären stattfinden soll. Herr Heini ist darauf auch eingegangen und es wurde festgelegt, dass Industrie, Energie, sowie Post & Telegraf, mir als hauptsächliches Arbeitsgebiet zufallen sollten, der Sektor Verkehr ist der KP vorbehalten geblieben und wurde auch von Genossen Lichtenegger übernommen.

Herr Heini wollte sich hauptsächlich mit Handel und Gewerbe und den allgemeinen Angelegenheiten des Staatsamtes beschäftigen.

In meinem Ressort fand ich für Post & Telegraf bereits Dr. Dworschak als provisorischen Generaldirektor vor, der sich mir gegenüber anfänglich als Sozialdemokrat ausgab, aber nach allen Erhebungen ein alter CV-Bruder ist. Sein Einvernehmen mit Herrn Heini ist jedenfalls verbildlich.

In der industriepolitischen Sektion fand ich bereits ministerialrat Dr. Klauber vor, einen Juden-Mischling, der während der Nazi-Zeit als Nachtportier beschäftigt war. An sich ein sehr fleissiger und bestimmt kein extrem kapitalistisch denkender Mensch.

Der Sektor Energie war neu zu besetzen und es wurde dort über mein Betreiben ein Genosse und Ingenieur, den ich aus meiner Industrie-Praxis kannte, eingesetzt. Heini brachte als Leiter dieser Abteilung den alten Ministerialrat Nähr, der angeblich ein Sozialdemokrat ist, in Vorschlag, der dann auch eingestellt wurde.

In der Industrie-Sektion gelang es mir, zwei wichtige selbständige Abteilungen zu bilden und restlos mit unseren Leuten zu besetzen. Es handelt sich um die Abteilungen "Öffentliche Verwaltungen", die mit Genossen Ing. Gehart besetzt wurde und um die Abteilung "Ingangsetzung der Industrie", die Genosse Ing. Stegu übernahm. Ihre Mitarbeiter wurden restlos von uns gestellt.

In den anderen Abteilungen, die ausserhalb meines Ressort-Bereiches liegen, konnten wir nicht Fuss fassen.

Die Generaldirektion der österreichischen Eisenbahnen besetzte Heini mit seinen Leuten, an der Spitze mit Generaldirektor Dr. K a a n. Die KP hat bis auf einen unbedeutenden und unbekannten Mann, den Genosse Lichtenegger in die Abteilung des Dr. Klauber hineinbrachte, keinerlei Personal im Staatsamte festsetzen können.

B. Industriepolitische Sektion :

Die Arbeiten der ersten 2 Monate waren von zwei Hauptaufgaben restlos bestimmt.

Die erste Aufgabe war das Eindämmen der uferlosen Konfiskationen und Demontagen, von Maschinen, Einrichtungen und Rohstoffen, in der von den Russen besetzten Industrie. Dabei kamen mir die russischen Sprachkenntnisse und mein Verstehen der russischen Mentalität sehr zugute und man kann ohne Übertreibung sagen, dass mein emsiges und zähes Verhandeln und die ständigen Interventionen meinerseits,

der österreichischen Industrie ungezählte Millionen gerettet hat. Dadurch dass ich den russischen Stellen, mit denen ich ein durchaus loyales, ja oft sogar freundschaftliches Verhältnis herzustellen vermochte, in sehr vielen Fällen die Lebensnotwendigkeit der von ihnen beschlagnahmten Maschinen und Einrichtungen nachwies, ihnen oft auch die Sinnlosigkeit ihres Beginns bewies und in anderen Fällen wieder die Entscheidung hinauszog, hat die russische Besatzungsmacht sehr oft vom Abtransport der beschlagnahmten Teile Abstand genommen.

Es ist hier nicht der Anlass, um genaue Details aufzuzählen, aber es sei darauf hingewiesen, dass das Verbleiben fast aller Energie-Versorgungs-Einrichtungen des Landes, der Erhalt des Gross-Senders Gams, eines Maschinenbestandes im Erzberg, der den des Jahres 1938 übersteigt, die Belassung der steirischen Hütten-Industrie im Umfange des Jahres 1938, die Belassung der Werke : C. Reichert, (optische Werke), Fross-Büssing, (Auto-Industrie) Heidstockerau, (Werkzeugmaschinen) die fast restlose Schonung der Leder, Textil, Holz und Schuhindustrie, die Rettung bedeutender Teile der Erzeugung von Semperit und Schöllner-Bleckmann, der Glanzstoff-Fabrik in St. Pölten, der Steyr-Werke in Steyr, für die sogar einige Züge mit Maschinen wieder zurückgebracht wurden, die Belassung der grossen Reichsbahn-Ausbesserungswerkstätten in St. Pölten und eines ähnlichen Werkes in Zeltweg (Steiermark) und viele andere mehr, in erster Linie ein Verdienst jener Verhandlungen waren, die ich mit den russischen Kommandostellen, insbesondere mit General Gamoff und General Morosow führte.

Herr Heidl und Sektionschef Dr. Klauber waren wiederholt Teilnehmer und Zeugen meiner dauernden Verhandlungstätigkeit und es soll nicht in Vergessenheit geraten, wie lobend sich gerade Herr Heidl über diese verdienstvolle Arbeit meinerseits in Kreisen der Industrie und dem Staatskanzler gegenüber ausgesprochen hat. Wenn nunmehr Zahlen in der Grössenordnung von Einer Milliarde Reichsmark genannt werden, die den Umfang der von den Russen in den seinerzeit besetzten Gebietsteilen, Wien, Niederösterreich, Steiermark und Burgenland beschlagnahmten und weggeführten Einrichtungen und Rohstoffen der Industrie angegeben werden, so ist ~~man~~ bei der Grösse dieser Zahl nicht die Bedeutung des Teiles zu übersehen, der uns durch diese intensive Arbeit für die Wirtschaft Österreichs zu retten gelungen ist.

In dieser Sache muss noch das Verhalten der österreichischen Industrien, bzw. deren berufener Vertreter gekennzeichnet werden. Ich, sowohl wie Dr. Klauber konnten von den Sekretären der Wirtschaftsgruppen der Industrie-Kammer in dieser Phase der Arbeit keinerlei Unterstützung, auch nur durch einigermaßen richtige zahlenmässige Unterlagen bekommen.

Die Tätigkeit dieser Leute, an der Spitze die Herren : Dr. Margareta, Dr. Thausing, Dr. Bielka, etc. beschränkte sich vielmehr darauf, meine Person anzufinden und von einer "roten Wirtschaft" zu reden, "die sich bald aufhören müsse". - Dr. Thausing kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, ein Pg. gewesen zu sein.

Diese Einstellung der Industrie-Sekretäre und Industrie-Vertreter konnte natürlich auch den Russen nicht verbergen bleiben und machte das Arbeiten und Verhandeln nur umso schwerer. Bemerkt muss auch werden, dass Herr Heini diese Arbeiten mir vorbehalt - und restlos überliess, dass die KP in der Person des Genossen Lichtenegger eine Einschaltung oder eine Hilfe nie versucht hat.

Die zweite grosse Aufgabe der ersten Wochen und Monate war die Frage der vielen herrenlosen Unternehmungen und Betriebe. Es war ja die Mehrzahl der grossen Industriewerke unter reichsdeutschem Einfluss gestanden. Die Reichsdeutschen waren zumeist geflüchtet, ebenso die expatrierten Nazi-österreichischer Herkunft, in der Mehrzahl der grossen und mittleren Betriebe. Die wilden Besetzungen der Werksleitungen in den ersten Wochen des Zusammenbruches durch Polizeileiter, Bürgermeister, Wirtschaftsgruppen, Kammern, militärischen Behörden etc., mussten unbedingt in eine Ordnung gebracht werden, wenn nicht ein völliges Chaos die durch die Kriegereignisse und durch die Konfiskationen sowieso schon schwer getroffenen Unternehmungen vollständig ruinieren sollte.

Es war daher eine meiner wesentlichsten Arbeiten, an der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Einsetzung von öffentlichen Verwaltern und Aufsichtspersonen in den Wirtschaftsunternehmungen des Landes mitzuwirken. In diesem Gesetze ist es mir gelungen, die Gewerkschaften fest zu verankern, so zwar, dass die Einsetzung eines öffentlichen Verwalters ohne Zustimmung der Gewerkschaften praktisch unmöglich gemacht wurde.

Die öffentlichen Verwalter konnten nach diesem Gesetze nunmehr vom Staatsamte im Einvernehmen mit der Gewerkschaft und der Industrie und Handelskammer bestimmt werden und haben sich an die Weisungen des Staatsamtes zu halten und demselben auch regelmässig Bericht zu erstatten.

Natürlich war es wichtig, die Durchführung dieses Gesetzes in der Hand zu behalten und es ist mir gelungen, ein eigenes Referat im Staatsamte einzurichten, das von unserem Genossen Ing. Gehart geführt wird und dessen Personal restlos aus von uns eingesetzten Leuten besteht. Die Bedeutung dieser Arbeit wird uns erst in späterer Zeit klar werden, vor allem ist es von grösster Bedeutung, dass die Handhabung des Gesetzes durch uns, die Gewerkschaften der Mühe ^{ent} ~~entzogen~~, sich um eine Einflussnahme auf die Besetzung von Verwaltungsstellen zu streiten. Ihnen wurde im Gegenteil eine wesentliche Stärkung ihres Einflusses und ihrer Position dadurch zuteil, dass jeder der eine solche öffentliche Verwaltung anstrebt, erst die Zustimmung der Gewerkschaft oder der zuständigen Arbeiterkammer-Vertretung einholen muss. Dadurch, dass wir die Handhabung dieses Gesetzes völlig beherrschten, ist es uns auch gelungen, bedeutende Unternehmungen durch einwandfreie, allerdings auch fachlich geeignete Genossen zu besetzen.

Ohne wieder eine vollzählige Aufstellung zu geben, für die hier nicht der Platz ist, erwähne ich die Alpen-Elektro-Werke, den zusammengelegten Konzern Siemens-Schuckert, -Siemens-Halske, die A.E.G.-Union, Schöller-Bleckmann, Bühler, Saurer, Simmeringer-Waggon-Fabrik, Porr AG und eine grosse Zahl anderer.

Es ist Tatsache, dass dadurch dem wilden Treiben in Industrie und Gewerbe weitgehendst Einhalt geboten wurde, wenn auch natürlich immer wieder vereinzelte Auswüchse dabei aufscheinen werden, was ja in der Natur der Sache und in der Eigenart der Zeit gelegen ist. Bis zum heutigen Tage hat dieses Referat schätzungsweise 4.000 Unternehmungen, Gewerbe und Handelsbetriebe bearbeitet und es ist trotz aller Anfeindungen nur ein verschwindender Prozentsatz an Beschwerden und Abänderungsnotwendigkeiten aufgeschienen.

Natürlich hat dieses Referat auch die schärfsten Anfeindungen von allen Seiten gefunden, denn man hatte natürlich bald bemerkt, dass die Handhabung durch uns zumindest eine Waffe bedeutet, die die kontrolllose Besetzung durch Angehörige der ÖVP erschwert, oder überhaupt unmöglich macht. Deshalb sind auch immer wieder schärfste Diskussionen zwischen Heitz, Lichtenegger und mir entstanden, bei denen sich zuletzt Genosse Lichtenegger auf die Seite des Herrn Heintz stellte, mit dem er sich ansonst nie vertragen hat, Heintz sich umgekehrt mit Lichtenegger verband, der für ihn immer das enfant terrible war und gegen den er mich zu wiederholten malen zu Hilfe rufen musste. Dem Drängen bin ich nun so ausgewichen, dass ich vorgeschlagen habe, die Durchführung für die Gewerbebetriebe und die Handelsbetriebe den Ländern zu übertragen, in Wien also der Gemeinde Wien, in Niederösterreich der NÖ Landesregierung, im Burgenland der jeweiligen Landesregierung.

Alle industriellen Unternehmungen verbleiben unmittelbar im Bereiche des Staatsamtes. Damit ist auch der kommenden neuen Arbeitswelle, die sich beim Öffnen der Demarkationslinie ergeben wird, ein Damm gesetzt. Für Wien sind zur Vorbereitung der Übertragung bereits Verhandlungen mit dem Stadtrat, Genossen Afritsch, der ja dieses Referat im Staatssenat führt, in Gang.

Herr Heini und auch Genosse Lichtenegger sind auf diese Vorschläge eingegangen und ich hoffe damit den Anforderungen der Beiden in dieser Sache für die nächste Zeit die Spitze abgebrochen zu haben.

Zu diesem Referat ist übrigens eine weitere Aktion eingeleitet worden und zwar soll die Kontrolle der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Unternehmungen durch eine eigene noch zu gründende Treuhand-Gesellschaft ausgeführt werden, deren Statut von uns entworfen wurde und deren leitende Männer, soferne uns noch die Möglichkeit einer Einflussnahme in den nächsten Wochen bleiben wird, von uns gestellt werden sollen. Wir denken da an Genossen wie: Dr. Fritz, Dipl.Kfm. Reis, Genossen Wirheim u.a., die alle dafür notwendigen fachlichen Voraussetzungen haben und uns über diese Stelle die für die kommenden Verstaatlichungs- und Lenkungsarbeiten notwendigen Unterlagen schaffen sollen.

C. Verstaatlichung und Wirtschaftslenkung :

Eine grosse Rolle in unserer Arbeit spielte natürlicherweise das Problem der Wirtschaftslenkung und der Verstaatlichung.

Die KPÖ hatte von Anfang an durch ihre namhaftesten Vertreter die freie Wirtschaft propagiert und war der Verstaatlichung, auch nur der wichtigsten Industrien ablehnend gegenübergestanden. Das bezeugten die in den ersten Wochen gemachten Ausführungen im Ministerrat und in den Fraktions-Sitzungen, die allen bekannt sind.

Ich selbst habe von den ersten Tagen an, einer Wirtschaftslenkung, die sich auf demokratischer Fähr aufbaut und einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, das Wort geredet. Meine ersten öffentlichen Versammlungen und Ansprachen in Steyr, Leoben, Graz, Ternitz, mein Vortrag im Radio-Wien, etc., haben dazu geführt, dass ab Juni in dieser Frage keine Ruhe mehr eingetreten ist und es wurde dieses Problem von allen Belegschaften der grossen Betriebe von den wichtigsten Gewerkschaften und auch von einer ganzen Zahl von Genossen in der Partei aufgegriffen. Die Kommunisten haben sehr bald die für diese Frage ausschlaggebende Stimmung der Arbeiterschaft erkannt und sich nunmehr ihrerseits zum Bannerträger dieser Parole gemacht. Auch die Bürgerlichen haben immer wieder dazu Stellung genommen und es war interessant, wie jede neue Rede und jede neue Veröffentlichung, wieder ein Stück ihrer ablehnenden Haltung aufgab. Es hat dies schliesslich dazu geführt, dass ausser den auf Antrag des Staatsamtes für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr beschlossenen Gesetzen über Repatriierung und Nostrifizierung, ein Gesetz über Verstaatlichung der Schlüssel-Industrien, in Bearbeitung genommen wurde.

In der interfraktionellen Kommission in der dieses Gesetz ausgearbeitet wurde, waren die Kommunistischen Vertreter tatkräftige Helfer, während die Bürgerlichen sich begreiflicherweise sehr zögernd verhielten, schliesslich aber doch im Prinzipiellen nachgaben.

Es gereicht mir meines Erachtens zur Ehre, dass ich von unserer Seite zuletzt der alleinige Vertreter war und es mir doch gelungen ist, die wesentlichsten Forderungen durchzusetzen und das Gesetz beschlussreif zu machen. Besonders pikant an dem Ganzen ist, dass Herr Heintz als Vertreter der Unternehmer dieses Gesetz im Ministerrat selbst begründete und zur Beschlussfassung empfahl. Damit ist natürlich nur der erste Schritt getan und es werden also jetzt, wenn uns überhaupt die Möglichkeit dazu gegeben ist, Durchführungs-gesetze erforderlich sein.

Die Bürgerlichen haben getrachtet, die notwendige Wirtschaftslenkung durch einzelne Bewirtschaftungsgesetze zu erreichen, die natürlich in erster Linie auf ihre Notwendigkeit abgestellt werden sollten. Die Kommunisten waren im wesentlichen gegen alle solchen Bewirtschaftungsgesetze und wir haben keine definitive Stellung bezogen, weil wir auch den Forderungen der Bürgerlichen die in erster Linie auf Befriedigung ihrer Interessen abgestimmt waren, nicht sehr bereitwillig gegenüberstanden. So ist es gekommen, dass nur ein Gesetz über die Bewirtschaftung pharmazeutischer Öle von unserem Staatsamte herausgegeben wurde und ein Gesetz über ein allgemeines Verordnungs- und Verfügungsrecht, ähnlich wie es dem Staatsamte für Land- u. Forstwirtschaft und für Volksernährung zuerkannt worden war, abgelehnt wurde.

Es sind noch Wirtschaftsgesetze über Eisen- und Metallwaren, über Häute und Felle, sowie über Maschinen und Metallausgleich in Ausarbeitung. Diese Gesetze werden jedoch von der Kap. vorläufig abgelehnt, solange zu ihren Forderungen über die Beschlagnahme des reichsdeutschen und des Nazivermögens nicht in Gesetzen Stellung genommen wird.

In den letzten Wochen wird allerdings von der bürgerlichen Seite auf die Gesetzwerdung dieser letztgenannten Vorschläge kein besonderer Wert mehr gelegt. Jedenfalls hat man nach den Arbeiten unseres Staatsamtes den Eindruck, dass einer zentralen Wirtschaftslenkung die Bürgerlichen jedenfalls ablehnend gegenüberstehen und nur einzelne Sachgebiete behandeln, deren Durchführung sie im wesentlichen den Kammern zuschanzen wollen. Die KP selbst dürfte von einer zentralen Wirtschaftslenkung überhaupt keine rechte Vorstellung haben, jedenfalls fehlen ihr alle konkreten Vorschläge diesbezüglich und wird eigentlich in dieser Hinsicht nichts unternommen. Es bestätigt dies nur den Eindruck, den man ja schon bei der Bearbeitung und Beschlussfassung der Lenkungsgesetze (Kreditlenkungskommission, Generalrat der Nationalbank, Schaltergesetz und Währungsgesetz,) hatte.

Von unserer Seite wurde in der Frage Wirtschaftslenkung ein sehr energischer Vorstoß durch Schaffung eines Referates für die Inangangsetzung der Industriebetriebe geschaffen. Dieses Referat wurde mit dem Genossen Ing. Stegu besetzt, der diese Abteilung wieder mit seinen Leuten ausstattete. Eine weitere Massnahme in dieser Richtung war die Bestellung von zwei sozialistischen Beiräten, führenden Technikern unserer Industrie, im Beirat der Industrie-Sektion der Kammer, wodurch eine Beeinflussung dieser Sektion möglich geworden ist.

Ing. Stegu hat die Aufgabe bekommen, meine Vorschläge, Produktions-Ausschüsse in jeder Wirtschaftsgruppe zu bilden, in die Tat umzusetzen. Bei der Schaffung dieser Produktionsausschüsse hat mir vorgeschwebt, dass in paritätischer Form, Vertreter der Unternehmer und Vertreter der Gewerkschaften, die in erster Linie fachlich geeignet sein müssten, unter dem Vorsitz des Genossen Ing. Stegu gebildet werden und über alle Massnahmen einer Ingangsetzung der Industrie, (Rohstoffbeschaffung, eines Maschinenausgleiches, einer Fusion von Betrieben, der notwendigen Energieversorgung, etc), beraten sollen, um einen Wirtschaftszweig nach dem anderen, soweit es die Umstände gestatten, in Arbeit und in Produktion zu bringen. Jedenfalls ist dies der erste und der einzige Ansatz, der für eine Industrielenkung und Industrieplanung gemacht wurde und es ist bedeutend, dass er in dem von mir betreuten Ressort des Staatsamtes zur Durchführung kam. Ein schönes Ergebnis dieser Arbeit ist der freiwillige Zusammenschluss der Wiener Auto-Industrie zu einer Arbeitsgemeinschaft, die unter der Führung eines bekannten Technikers und guten Genossen steht und der an der Herstellung einer Einheits-Auto-Type arbeitet.

So, wie das Referat des Genossen Ing. Gehart, hat auch das des Genossen Ing. Stegu starke Anfeindung gefunden und wenn er vielleicht weniger Erfolg gehabt hat als Genosse Gehart, so muss man gerecht sein und sagen, dass bei den ausgesprochenen Widerständen, die von der Unternehmenseite gemacht werden und bei den ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die sich durch das Bestehen der Demarkationslinie, durch die unkontrollierbaren Verfügungen der Besetzungsmächte und durch die fehlenden Mittel den Anordnungen Autorität zu verschaffen, auftürmten, nicht

viel anderes erwartet werden konnte. Jedenfalls ist es aber auch dort gelungen, einer ganzen Reihe von fachlich besonders geeigneten Genossen, Eingang in die Produktions-Ausschüsse und damit Zugang zu den lebenswichtigen Fragen der Industrie zu verschaffen, was sich in den nächsten Monaten und Jahren wesentlich auswirken muss. Es sei auch hier bemerkt, dass die Arbeit dieses Referates ohne Unterstützung der KP und gegen den Widerstand der OVP geleistet wurde.

D. Handel und Gewerbe:

Hier hat sich Herr Meinel, wie schon unter A angegeben wurde, die Bearbeitung auch im Staatsamte vorbehalten.

Natürlich war ich bemüht, auch in diesem Sektor unseren Einfluss zu wahren und Vertreter unserer Interessen in die einzelnen Institutionen hineinzubringen. Es braucht nicht erwähnt werden, dass durch die Einsetzung der öffentlichen Verwalter, sowohl in Gewerbe-, als auch in Handelsbetrieben, eine namhafte Zahl von Genossen zu leitenden Stellen gekommen ist. Weiters wurden unsere Forderungen, in der Gewerbe- und Handelskammer vertreten zu sein, nach langwierigen Verhandlungen, die sogar das politische Kabinett beschäftigten durchgesetzt und festgelegt, dass im Beirat der Handels-Sektion der Kammer, von 7 Mitgliedern, 3 Sozialdemokraten und 1 Kommunist, also eine sozialistische Mehrheit geschaffen werde. Im Beirat der Gewerbe-Sektion der Kammer wurden von 7 Mitgliedern 2 Sozialdemokraten und 1 Kommunist herangezogen.

In dieser Sektion war es auch möglich, die stellvertretende Generalsekretär-Stelle mit einem Genossen zu besetzen, über den dann viele strittige Fälle zu Gunsten einzelner Genossen ausgetragen werden konnten. Ich verweise da im besonderen auf die Zuerkennung von Konzessionen, die Ausstellung der erforderlichen Gutachten u.s.w. Allerdings hat auch die Gegenseite auf diesem Gebiete sehr energische Vertreter gestellt und es war nicht immer leicht, hier vermittelnd einzugreifen, umso mehr als unsere Gewerbetreibenden nicht immer die glücklichste Taktik zeigten, ihre Anliegen vorzubringen.

Als Vorsitzender des Beirates der Gewerbe-Sektion wurde von der Gegenseite Dr. Kresse gestellt, der mit seiner Heimwehr-faschistischen Vergangenheit natürlich unsere Ablehnung finden musste.

Als Vorsitzender der Handels-Sektion war von den Bürgerlichen Dr. Herbert bestimmt worden, der dann nach Aufdeckung seiner Nazi-Vergangenheit neben seinem Stadtrats-Mandat auch dieses zurücklegen musste. Es ist an diese Stelle bis heute noch kein Ersatzmann berufen worden.

Über die Besetzung der Innungs-Vorstände im Gewerbe waren wiederholt Verhandlungen geführt worden und es konnte auch da, nachdem die Einigung in der Gewerbe-Sektion immer schwer war, von dieser Stelle aus, wesentlicher Einfluss geübt werden.

Gesetzliche Massnahmen in der Sektion Handel und Gewerbe, mit Ausnahme der Schaffung des Warenverkehrsbüros wurden keine getroffen.

Die Schaffung des Warenverkehrsbüros ist allerdings eine sehr bedeutende Einrichtung und wurde auch von mir mit der grössten Aufmerksamkeit und der nötigen Energie betrieben.

Das Warenverkehrsbüro ist die Kontrollstelle für sämtliche Export- und Importgeschäfte und kann gegebenenfalls solche auch von selbst abschliessen. Entgegen dem Willen der Bürgerlichen ist es mir gelungen, in den 10gliedrigen Vorstand, 3 Sozialdemokraten unterzubringen, neben 2 Kommunisten und 5 Bürgerlichen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Direktion aus 3 Direktoren zusammengesetzt wird, wobei jede Partei einen Direktor zu stellen hat. Dieser wurde im Einvernehmen mit Genossen Kopp von der GOC genommen. Die KP hat einen aus unserer Bewegung kommenden Gewerkschafts-Sekretär namhaft gemacht. In die Direktion haben wir auch schon eine ganze Reihe Beamte hineingebracht, sodass die Gewähr gegeben ist, dass an dieser wichtigen Stelle Dinge, gegen unseren Willen und ohne unser Wissen nicht gemacht werden können.

E. Energie - Wirtschaft :

Im Sektor Energie-Wirtschaft haben wir durch Besetzung des Referates im Staatsamt einen wesentlichen Einfluss auf die gesamte Führung der Energie-Versorgung des Landes gewonnen. Mit Hilfe dieses Einflusses ist es möglich geworden, das grösste Stromversorgungsunternehmen unseres Landes, die Alpen-Elektro-Werke mit einem Genossen und Fachmann in der öffentlichen Verwaltung zu besetzen und in dieses Unternehmen auch eine ganze Reihe unserer Leute hineinzubringen.

Nachdem die Gemeinde Wien sowieso unter unserem Einfluss steht und wir auch in der NEWAG einen unserer Leute an führender Stelle haben und auch die STEWEAG über die AEW von uns zum Teil besetzt werden konnte, werden wir bei der kommenden Regelung der Energie-Wirtschaft leichteres Spiel haben, als man ohne diese Einflussnahme erwarten hätte können. Von den geplanten Verstaatlichungsaufgaben, soll die der Energie-Wirtschaft in erster Linie eine Lösung finden. Das erste Durchführungsgesetz in der Frage der Verstaatlichung wird derzeit im Sektor Energie-Wirtschaft im Staatsamte ausgearbeitet.

Nicht zuletzt ist es den intensiven Beratungen und der tatkräftigen Hilfe, die ich den Energieversorgungs-Unternehmungen in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch zu Teil werden liess zu verdanken, dass wir im Sektor Energiewirtschaft verhältnismässig rasch die grössten Schwierigkeiten überwinden konnten und der Bevölkerung die notwendige Stromversorgung sicherten.

F. Post & Telegraf-Verkehr:

Post & Telegraf konnten im Aufbau und in der personellen Entwicklung von mir wesentlich beeinflusst werden, da sie mir ressortmässig unmittelbar zugeteilt waren und ich mit diesem Sektor, dank der vorbehaltlosen Mitarbeit, sowohl des Generaldirektors, als auch der Personalvertretung, immer den engsten Kontakt hatte.

Bei Post & Telegraph ist die Besetzung der leitenden Stellen, mit Ausnahme des Generaldirektors, unter Einflussnahme der Personalvertretung mit mir geschehen und wären uns fachlich geeignete Kräfte zur Verfügung gestanden, so würde die Leitung wahrscheinlich rastlos in unseren Händen sein. So mussten wir uns notgedrungen mit gewissen Kompromissen abfinden.

Der intensiven Arbeit der ersten Wochen ist es gelungen, den Russen sehr sehr vieles an Post & Telegrafeneinrichtungen abzutrotzen und die Erfahrung aus der Praxis zeigt ja, wie verhältnismässig rasch sich Post & Telegraph in ihrer Arbeit erhebt haben.

Eine wesentliche Einflussnahme übte ich noch, um die Marken-Provisorien raschest abzustellen, indem ich von den ersten Tagen an auf Schaffung einer neuen österreichischen Markenserie drängte, mit der es dann möglich war, alle Provisorien einzustellen und damit dem schwunghaften Schleichhandel eines der wichtigsten Objekte zu nehmen.

In dieser Arbeit hat weder die ÖVP noch die KPÖ in irgendeiner Weise eingegriffen.

Am schlechtesten hat es im Sektor Verkehr ausgesehen. Nach der ressortmässigen Einteilung ist dieser dem Genossen Lichtenegger vorbehalten geblieben. Er hat sich zugebenermassen redlich bemüht, im wesentlichen ist aber dort geschehen was Herr Heinl gewünscht und veranlasst hat, soweit nicht die Gewerkschaft an Ort und Stelle ihren Einfluss wahrte. Vor allem ist Generaldirektor Dr. Kaan zum Leiter der österreichischen Eisenbahnen bestimmt worden.

Auf diesem Gebiete wurde wenig mit den Russen verhandelt. Diese sind ja auch allen Verhandlungen möglichst ausgewichen. Auch die Verhandlungen über die Donau-Dampfschiff-Fahrt wurden von den Russen immer wieder auf ein Nebengeleise geschoben, sodass es nicht verwunderlich ist, dass gerade auf dem Sektor Verkehr durch die Beschlagnahme der Russen meines Erachtens die grössten Verluste eingetreten sind.

Im Kraftfahrzeugverkehr ist eine einheitliche Lenkung und eine zweckmässige Verteilung noch nicht erfolgt und die Verteilung der in späterer Folge aus den Bundesländern zugeführten Kraftfahrzeuge an der Uneinigkeit und dem Egoismus aller beteiligten Parteien gescheitert.

Das Staatsamt für Öffentliche Bauten hat sich die Benzin und Gummi-Wirtschaft angeeignet, das Staatsamt für Inneres hat mit der Verteilung der Fahrbewilligungen einen wesentlichen Einfluss, die Gemeinde Wien hat durch die Verhandlungen mit dem russischen Stadtkommandanten eigene Wege eingeschlagen und in unserem Staatsamte ist die Fuhrwerkerinnung unter dem Einfluss des Staatssekretärs Raab andere Wege gegangen als der Sektor Industrie, den in die Hand zu bekommen, auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens mir möglich war.

Für diesen Sektor ist mein Sekretär eingesprungen, der die gesamte Vermittlung der Fahrbewilligungen, der Wagenzuteilung und vor allem der Benzinverteilung übernommen hat. Damit ist mir bis jetzt ein recht wesentlicher Einfluss möglich gewesen, der sich erst dann nachhaltig auswirken wird, wenn auf unser ständiges Verlangen hin endlich

von den Alliierten eine grösste Zahl Wagen verfügbar gestellt werden wird, die dann über bereits bestehende Stellen^{en} zur Verteilung kommen.

Ganz zu Beginn meiner Tätigkeit, waren mit einmal von den Russen 140 Wagen mit einer grossen Geste übergeben worden. Von diesen ist nur ein geringer Teil n.zw. die 40 LKWs und etliche PKWs zum Laufen gekommen. Der grösste Teil, etwa 80 PKWs waren alt, ausgelaufen und abgerüstet und stehen noch heute in der Astoria-Garage, ohne komplettiert werden zu können. Jedenfalls ist das Gebiet Kraftfahrzeugverkehr das Umstrittenste unter den Parteien und schon nach der Natur der Dinge ist keine Partei bereit, irgendeinen Vorteil zu Gunsten einer allgemeinen Regelung, ohne weiteres aus den Händen zu geben. Alle Gesetzesvorschläge, die diesbezüglich in Vorbereitung waren, sind bisher an dieser Tatsache gescheitert.

G. Zusammenfassung

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass in den 4 1/2 Monaten der Arbeit es gelungen ist, im Staatsamte selbst, in den uns am meisten interessierenden Sektoren personell Fuss zu fassen, was bei der erdrückenden Mehrheit der Gegner in unserer Bürokratie keine Kleinigkeit bedeutet.

Es ist weiter gelungen gesetzliche Handhaben zu schaffen, die uns einen wesentlichen Einfluss in der weiteren Wirtschaftsführung gewährleisten, weiters grundlegende Gesetze durchzusetzen, die uns die Voraussetzung für die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige geben, soferne dies

nicht durch die Besetzungsmächte vereitelt wird.

Es ist weiters durch die Arbeit in diesem Staatsamte gelungen, sowohl in der Industrie, wie auch im Handel und Gewerbe, im Post-und Telegrafenvorkehr, Besetzungen leitender Posten zu tätigen, die in den kommenden Perioden für uns von grösster Bedeutung sein werden und die auch deswegen erwähnt werden müssen, weil es damit gelungen ist, eine ganze Reihe wertvollsten Genossen materielle Hilfe und eine ihre Ansprüche befriedigende Stellung zu verschaffen.

Es ist ausserdem möglich gewesen, in den Interessenvertretungen der Industrie, des Handels, des Gewerbes und auch des Kreditwesens durch Besetzungen in den Beiräten der Kammern und in den Sekretariaten einflussreiche und jedenfalls beachtenswerte Posten zu erlangen. Darüber hinaus ist eine Arbeit geleistet worden, die nicht nur vom Standpunkt der Partei, sondern vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft von Bedeutung ist, da wichtiges Volksgut, wie Einrichtungen, Maschinen, Materialien, vom Abtransport bewahrt und durch Schaffung einer Verwaltungsordnung verhindert wurde, dass der Rest des Vorhandenen verzettelt und zerstört wurde.

Es sind in der praktischen Arbeit dieses Staatsamtes die ersten Ansätze einer Industrielenkung verwirklicht worden, trotzdem dieser Gedanke bei den anderen Parteien grössten Widerspruch gefunden hat.

Diese Arbeiten sind mit der nötigen Härte und vor allem mit grosser Ausdauer geleistet worden, es ist aber nie zu schweren persönlichen Gegensätzen mit den Vertretern der

anderen Parteien gekommen, sodass man sagen kann, dass eine persönliche Achtung und ein persönliches Entgegenkommen bei den Parteienvertretern dieses Staatsamtes besteht. -

Trotzdem die Bürgerlichen dieses Staatsamt immer als ihre Domäne angesehen haben, sind wir in diesem Amte nicht ohne Erfolge geblieben.

Walden

6
WIEN, DEN 8. Dezember 1945
I., BALLHAUSPLATZ 2

Lieber Waldbrunner !

Keine Sorge, dass wir Ihre Bedenken in irgend einer Weise auf ein persönliches Interesse von Ihrer Seite zurückführen. Wir alle wissen genau, was auf dem Spiele steht, und wägen diesen Interessenkreis sorgfältig ab. Auch haben die Gewerkschaften ihn bei den Vorberatungen energisch zur Geltung gebracht. Wir haben das Handelsministerium gefordert, begreiflicherweise vergebens, da die anderen nach dem Ausgang der Wahlen überall die erste Hand haben. Positive Ergebnisse auf dem Sozialisierungsgebiet sind nicht zu erzielen - selbst wenn sie vom Ministerium aus angestrebt werden, ist es sicher, dass sie bei einer Abstimmung im Parlamente fallen. Ausserdem lassen die Alliierten (Amerika!) uns in keiner Weise den Weg zur Sozialisierung frei. Es bleibt nichts übrig, als bei den nächsten Wahlen zu siegen und inzwischen nach dem Beispiel und Vorbild anderer Länder durch unsere Agitation immer wieder zu erweisen, dass wir recht haben.

Ich habe gestern bei Scheltow die Antwort urgiert, ob Ihre Berufung nach Moskau akzeptiert wird oder nicht. Darnach wird sich entscheiden, ob Ihnen diese oder eine andere Verwendung zufallen wird. Jedenfalls werden wir nicht auf Ihre Arbeitskraft verzichten.

Freundschaft

Ihr



Staatskanzler

Herrn

Unterstaatssekretär Ing. Karl Waldbrunner

W i e n .